

STUDIERENDEN ZEITUNG

Ausgabe Oktober 2011



Neues Semester

>> Hochschulpolitik

>> Wahlergebnisse

>> Beschlüsse FaVeVe

Inhaltsverzeichnis:

Editorial	3
Wichtige Beschlüsse der Faveve+ seit Juli 2011	4
AK schwerbehinderte Studenten	6
Wahlergebnisse 2011	7
Das Elend der Evaluation	8
Pflichten und Rechte der Hochschulpolitik	12
Der BLEEP Kongress	17
Die metaphysische Dimension des Stuhlgangs	18
Ich bin nicht Papst	20
Von Fähnchen, Deo-Sprays und Sexismus	22
Manifest des Post-Säkularismus	24
Impressum	27

Editorial

Bertolt Brecht: „Die Wahrheit ist
das Kind der Zeit, nicht der
Autorität.“



Liebe Erstis: Willkommen an der Uni Stuttgart!

Noch fällt bestimmt vieles schwer – vom Finden der Räume oder einer netten WG bis zu den richtigen Kursen – doch die unsichere Euphorie, etwas Neues zu beginnen, verbindet euch alle sicherlich im Stillen. Die meisten ziehen erstmals fort von ihren Eltern, Freundeskreise diffundieren zu verstreuten Punkten auf der Landkarte. Eine gute Zeit kommt auf euch zu; und mit der Sicht aus dem höheren Semester mag man euch zurufen: „Nutzt sie, lebt euch aus!“.

Die Universität lässt viele Freiheiten, auch im Bologna-System. Doch die verbreitete Denkweise, man müsse schnell studieren und die Regelstudienzeit sei die Normalstudienzeit, wirken dem Menschen innwohnenden Freiheitsdrang entgegen. Es scheint plötzlich so vieles durchgeplant: Vorgegebene Stundenpläne, Studienfinanzierung, Auslandssemester, Praxiserfahrung und das Damoklesschwert der Masterplatz-Bewerbung. Irgendwie soll alles mit Bestnote in sechs Semestern abgeschlossen werden; und Karriereförderung propagieren die Markt-Extremisten aus Uni, Industrie und bonding-Initiative oben drauf.

Doch tatsächlich steht bei der Uni nicht eure ökonomische Zukunft im Mittelpunkt, sondern die Menschwerdung und Charakterbildung durch Erkenntnis und Muse – das geht nicht unter Zeitdruck. Der Blick über den Tellerrand der eigenen fachlichen Beschränktheit soll gewagt werden, die Fähigkeit die Umwelt wahrnehmen, kritisieren und verändern zu können.

In vielerlei Hinsicht fördert die Uni Stuttgart dies leider nicht im Studium. Doch sie bietet noch immer viele Möglichkeiten, eigene Wege zu gehen – zeitlich und inhaltlich. Das Studium Generale eignet sich dazu bestens und zahllose studentische Gruppen lehzen nach Interesse, ideenreichen Seelen und Aktivität (so auch diese Zeitung). Ihr dürft länger studieren – und wenn es euch die Finanzen erlauben, ist das allemal sinnvoll! Geht mit offenen Augen durch diese Anstalt, durchbrecht die starren Anforderungen und genießt eure Zeit.

Ein schönes Studium und einen guten Start in das Wintersemester 2011/12 wünscht

Die Redaktion

Wichtige Beschlüsse der Faveve+ seit Juli 2011, grob chronologisch

Von Nils Langer

FachschaftenWochenende zu den Themen „Verfasste Studierendenschaft“ und „Zukunft der Fsen“ im Juli mit ca. 40 TeilnehmerInnen.

AK Kalender entwirft **Kalender für Erstis** und andere Studis. Kosten: 10.000 EUR. Projekt wurde viel durch Einzelleistung noch rechtzeitig gestemmt. Mehr Mitarbeit erwünscht.

Systemakkreditierung wird von der Uni beantragt. Entwurf wird Ende September an F+ geleitet. Studentischer Kommentar bis Mitte Oktober angefragt.

Beschluss der F+, allen Listen die **Wahlkampf-Kosten** aus dem AstA-Topf zu bezahlen. Uni weigert sich, das Geld dafür freizugeben.

Das Modell der **Studienfortschrittskontrolle** wurde mit dem Rektorat diskutiert: Unbegrenzte Prüfungswiederholungen möglich; bei 60 ECTS Rückstand zu Sollbetrag Exmatrikulation. F+ lehnte es mehrheitlich ab. Idee wird nicht mehr verfolgt, in Diskussion wurden aber andere Verbesserungsmöglichkeiten der Studiengestaltung aufgezeigt, deren Umsetzung jetzt geprüft wird.

Vortrag von AK Bildung und Linke Hochschulgruppe zu „**Antiamerikanismus als (unerkannter) Antikapitalismus**“ soll von AStA-Geldern bezahlt werden. Uni weigert sich, den F+-Beschluss umzusetzen, da Rechnungen zu spät eingereicht wurden. Kosten werden zunächst privat und schließlich durch den Verein übernommen.

Projektgruppe VVS-Ticket wird gegründet. Neue Staffelung möglich? Sockelbeitrag (Studienausweis) ganztägig für Zonen 1 und 2, **Studi-Ticket** dann entsprechend zusätzlich für Großraum Stuttgart?

Sogenanntes **Studi-Haus** soll in **Vaihingen** gebaut werden. Uni plant Bündelung der studentischen Anlaufstellen (Prüfungsamt, Studiensekretariat, etc) in einem Gebäude. Faveve+ soll ein Geschoss erhalten. Anliegen wird im Grundsatz begrüßt, aber Faveve+ wurde erst Bescheid gegeben, als das Projekt weitestgehend feststand.

Antrag zur generellen **Ablehnung von Studiengebühren** wird in den Senat eingebracht. Einige kritische (nicht-studentische) Stimmen führen dazu, den Antrag zu überarbeiten. Später wird der Antrag zurückgezogen.

Die F+ finanziert **Umsonst&Draußen-Plakate** (UD). 500 EUR werden bewilligt, doch entstehen nachher Streitigkeiten,

da auf den Plakaten kleine Pins gegen S21 und Atomkraft politische Aussagen seien. Infolge des Missverständnisses Treffen von U&D und Faveve+..

AK Cafe erhält weiterhin zur Gründung kleine finanzielle Unterstützung; mehr Mitarbeit und dauerhaftes Engagement erwünscht. Ideen für eigenes Programm sehr willkommen.

AK Zeitung wird gegründet. Indesign-Workshop findet aufgrund unsicherer Finanzierung nicht statt. Papierkosten werden bis 1.000,- EUR von der F+ übernommen, weitere Finanzierung läuft über den Verein STUPS, dem die Zeitung nun angehört. Namensfindung ergibt pollux.

Probleme mit **Zugang zu Parkplätzen** in Vaihingen hinter V9. In (ferner) Zukunft wird Zugang über ECUS geregelt. Bis dahin gelten alte Regelungen.

Kanzlerwahl: Frau Buhlmann wird wieder gewählt mit großer Unterstützung der Studierenden.

AK Arbeitsraum im Universum (ARiV): **Keine Partys und Versammlungen im „universum“** möglich, da Uni versprochene Notbeleuchtung nicht installiert hat. 25.000,- EUR: Sponsoren gesucht.

Sprachenzentrum hat große finanzielle Probleme trotz großer Bezuschussung durch StudienGebühren. Projektgruppe gründet sich.

Gründung **AK HUST** (Homosexuelle an der Uni Stuttgart)

Gründung **AK Schwerbehinderte**

Deutschland-Stipendium: Erweiterung der Förderfähigkeit um soziale Gründe und Engagement durch Druck von Bildungsstreik und Fachschaften.

Verfasste Studierendenschaft: **Besprechung im Landtag** mit Grünen-VertreterInnen. Gute Zusammenarbeit möglich, da starkes Interesse an Wiedereinführung der VS bei SPD und Grünen.

AK Bildung: Re-Organisation zur Einführung der **Verfassten Studierendenschaft**.

Sitzung der F+ wechselt wöchentlich zwischen Mitte und Vaihingen, um beide Campi verstärkt einzubeziehen. Bisherige Periodendauer von je einem Semester hatte zu teils einseitiger Anwesenheit geführt.

AK ARiV: Leerer Raum im **Universum: Stillarbeitsraum** wird beantragt; Kosten sehr hoch. Eventuell kommt vorerst FS LRT rein, da sie beim Umzug der eigenen Fakultät nicht berücksichtigt wurde.

Preis für besonderes **studentisches Engagement:** F+ bespricht Bewerbungen und Reihung; Bekanntgabe auf Avete Academici am 17.10.2011.

Diskussion zum **Prüfungszeitraum:** Von Uni angesprochene Verkürzung wird abgelehnt; prüfungsfreie Zeit am Semesterende wird diskutiert.

Ombudsperson Lehre: Kandidatin wird von Faveve+ angehört und empfohlen.

LandesAstenKonferenz: **Langzeitgebüh-**

ren noch nicht vom Tisch – Lobbyarbeit nötig.

Lounge-Area vorm Nili wird eingerichtet. Unverbindliche Zeiten und Angebote. Aktionen und Programm können dort selbst eingebracht werden. Faveve+ stützt das Anliegen auch finanziell mit bis zu 1.000,- EUR.

Kompensationsmittel für Studiengebühren: 280,- € / Stud. sollen bezahlt werden; Diskussion zu Menge und Verteilung. Projektgruppe nötig oder Diskussion im (noch inaktiven) AK Bildung.

Sparmarkt „Halsi“ am Campus Vaihingen schließt; im Oktober öffnet Nachfolger.

Semesterbeiträge wurden falsch eingetrieben 1,-€ beträgt die Differenz. Gespräche mit Dezernat, Rundmails wurden daraufhin versendet. Auch neue **Überweisungsbescheide** sind unterschiedlich ausgegeben worden (keine Angabe oder

gleicher Betrag).

Im Oktober sollen **Prüfungen in der Turnhalle** in Vaihingen statt im Hörsaal abgehalten werden. F+ möchte Erfahrungsberichte einholen und daraufhin reagieren.

Foyers K II und V47 sollen renoviert werden für Versammlungsfähigkeit. Bisher große Probleme bei Ausstellungen und anderen studentischen Versammlungen. Nach früheren studentischen Beschwerden betrifft es nun auch die Uni selbst bei Jahresfeiern, etc.

Reisebüro auf dem Campus Vaihingen schließt; Diskussion über Wunsch-Nachfolger, bspw. Döner, Studi-Cafe.

AK schwerbehinderte Studenten

Der „AK Schwerbehinderte Studenten“ ist eine Anlaufstelle für all jene Studentinnen und Studenten, die mit einem Handicap zu kämpfen haben. Die vordringlichen Ziele des AK sind: Studierenden mit Handicap zu einer Gemeinschaft zusammen zu führen, das Veranstalten lockerer Zusammenkünfte und Freizeitaktivitäten, sowie das

Durchsetzen von Interessen behinderter Menschen und Barrierefreiheit auf dem Campus der Universität Stuttgart.

Meld dich bei Interesse unter:
barrierefrei@lists.faveve.uni-stuttgart.de

Wahlergebnisse 2011

Von Nils Langer

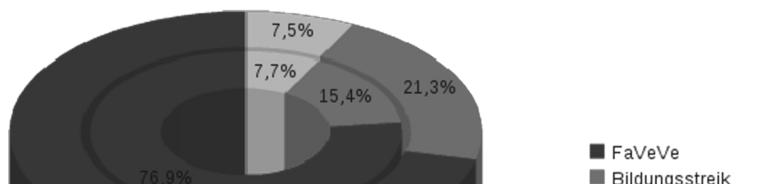
Anfang Juli stellten sich wieder drei Listen zur Wahl der Studierendenvertretung an der Uni Stuttgart. Bei der Abstimmung wurden gleichzeitig die studentischen Plätze im Senat sowie die prozentuale Verteilung in der Studi-Vertretung Faveve+ bestimmt. Dabei konnten die Fachschaften mit 71,2% (2010: 66,3%) wieder den Großteil der Stimmen ergattern und sogar ausbauen. Die Liste Bildungsstreik büßte entsprechend Prozente ein und erhielt 21,3% (26,7%), die Liberale HSG blieb stabil bei einem Anteil von 7,1% (7,0%).

Die Stimmverteilung in der Faveve+ richtet sich wiederum nach der Verteilung im AStA. Durch das d'Hondt'sche Auszählverfahren ergibt sich im offiziell höchsten studentischen Gremium eine etwas andere

Verteilung von: Faveve 10 Sitze, Bildungsstreik 2 Sitze, Liberale 1 Sitz.

Da die gesetzliche Lage jedoch die eigene Struktur und Vertretung im AStA erheblich einschränkt, überträgt der AStA seine Rechte jedes Jahr erneut an die Faveve+. So ergibt sich dort, im höchsten Gremium der Studierendenschaft, eine faktische Stimmverteilung von 76,9%, 15,4%, 7,7%

Im Senat wiederum sind lediglich die Fachschaften (FaVeVe) mit 6 Sitzen und Bildungsstreik mit einem Sitz vertreten. Vor allem Lehre (z.B. Prüfungsordnungen) und Forschung (z.B. Berufungen) werden im Senat entschieden, sowie Strukturplanungen.



Außen: Wahlergebnis
Innen: Faveve+

Das Elend der Evaluation

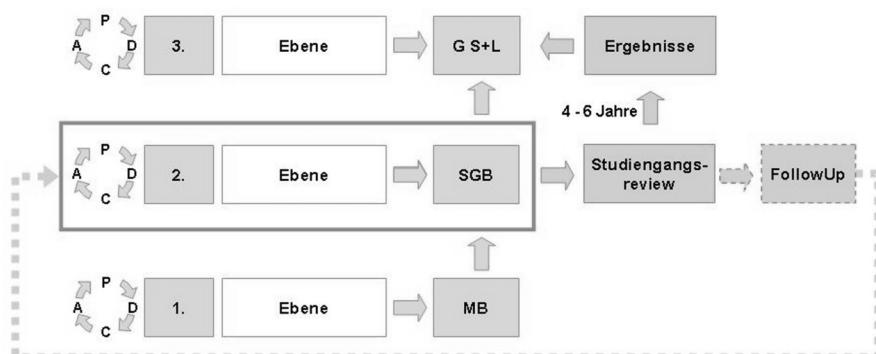
Von Nils Langer

Ende der Vorlesungszeit beginnt die Evaluation der Lehre. Fragebögen werden ausgefüllt, um den Prof und die inhaltliche wie organisatorische Gestaltung zu bewerten. Inzwischen ist aus dem einfachen, ungeprüften Verfahren eine moderne Erhebung geworden. Es wird öfter und verpflichtend abgefragt, es nimmt später Einfluss auf die Gesamtbewertung des jeweiligen Moduls.

Ähnliche Verfahren gibt es nahezu überall an der Uni. So wurde erst kürzlich die Verwaltung evaluiert, hinzu kommt die neue Evaluation ganzer Module und schließlich die Qualitätsprüfung der Studiengänge durch die (System-) Akkreditierung. Der Kern all dieser Maßnahmen ist Qualitätsmanagement, kurz QM. Der Ansatz ist folgender: Über Berichte und Erhebungen werden Kennzahlen errechnet und nachher die zu messende Leistung daran bewertet. So entsteht ein typischer QM-Kreislauf:

Den meisten Studis ist das Prinzip aus dem technischen Entwurf bekannt. Man lässt n Iterationen ablaufen bis das Ergebnis unter den Fehler $\Delta\epsilon$ konvergiert. Was bei der Technik noch Sinn macht, ist bei Lehre, Forschung und Verwaltung aber fraglich. Und zwar in vielerlei Hinsicht. Zunächst ganz praktisch: Sind die Kennzahlen umfassend aussagekräftig? Diese Frage stellt sich bereits bei den eigenen Studiennoten und deren Aussagekraft über die fachliche Kompetenz. Viele Einflüsse werden dabei nämlich gar nicht erfasst wie der soziale Friede, die soziale Komponente in der Lehre, der wissenschaftliche Zugewinn durch Zusammenarbeit anstatt Konkurrenz oder die Unterschiedlichkeit der Disziplinen. Das ist jedoch nicht in der mangelnden Qualität des QM begründet, sondern in der grundsätzlich fehlenden Messbarkeit komplexer menschlicher Abläufe.

Der unmittelbare Zweck von Kennzahlen ist die interne Kontrolle sowie die Ermitt-



lung einer Reihung in Gewinner und Verlierer. Der ursprüngliche Anwendungsbe- reich ist die Ermittlung rentabler und unrentabler Firmenbereiche anhand der Quartalszahlen. Nun werden also universi- täre Institute schematisch beurteilt, bei- spielsweise anhand von Publikationen, Drittmitteln und StudienbewerberInnen. Mit dem sogenannten Masterplan wollte die Uni Stuttgart diesen Kennzahlen of- fensichtlich Folge leisten und die Geistes- und Kulturwissenschaften um viele Pro- fessorenstellen kürzen. Nur Proteste ver- hinderten die wissenschaftliche Kastration der kritischen Wissenschaften zurück zur Technischen Universität, die sich im Markt der Drittmittel besser positionieren könnte.

Aber nicht nur intern dienen Tabellen und Kennzahlen dem Vergleich, sondern auch extern wird den Hochschulen ein Wettbe- werb untereinander aufgezwungen. Im Bil- dungsessen sind die OECD-Vergleichsstudien PISA und die Bildungsabschluss-Studie am bekanntesten. Die Vergleichbarkeit unter den Staaten ist dabei mehr als fraglich (Beispiel: Studierendenquote), doch werden aufgrund dieser international wichtigen Vergleichsstudien politische Entscheidun- gen getroffen.

Neben den praktischen Fehlerquellen gibt es auch die immanenten Fehler der Methode und der zugrunde liegenden Theorie. Denn die Erfassung von Kenn- zahlen und deren Verwendung in einem Wettbewerb gegeneinander ist typisch für die Marktwirtschaft. In Unternehmen kann das sinnvoll sein, um gewinnbringende von verlustreichen Abteilungen zu unterscheiden. Mehr als Geld vermehren müssen Firmen ja auch gar nicht leisten,

doch Universitäten und Schulen genügen anderen Zielen in der Gesellschaft; deshalb gehorchen sie auch anderen Prinzipien als dem freien Markt. Nicht durch Konkurrenz, sondern durch Gemein- schaft werden die besten Ergebnisse erzielt. Ebenso setzt die öffentliche Anstellung eine andere Motivation her- aus als der nach „rational choice“ Theo- rie vorherrschende Eigennutz (Vogel, Proeller; Uni Potsdam). Stellt man nun al- so Universitäten mehr und mehr in Kon- kurrenz zueinander, wandelt sich auch die Fähigkeit, ihre bisherigen Funktionen zu erfüllen.

Um es mit Prof. Richard Münch zu sagen:

„Der Sprache [...] des Managements sind diese Formen der gesellschaftlichen Pra- xis nicht geläufig und zugänglich. Sie weiß nichts davon. Für sie gibt es nur Hierarchien und Märkte [...].“

Dieses Modell von Hochschulen hat sich dennoch politisch durchgesetzt – im Glauben an den Markt und seine unsicht- bare Hand in allen gesellschaftlichen Fel- dern. Willkommen im Neoliberalismus.

Ein ganzes Buch hat der oben zitierte So- zialforscher Richard Münch von der Uni Bamberg zu dieser Thematik verfasst. Mehrere Aufsätze, die sich auch als Inge- nieur-StudentIn gut lesen lassen, behan- deln Rankings, QM und Wettbewerb im Hochschulwesen.

Was folgt daraus, wenn zentrale Erhebun- gen wie (lokale) Evaluationen oder (inter- nationale) Rankings weltweit den Hochschulen die Richtung vorgeben? Zum einen Konformismus. Doch jede Form von Erkenntnis, also dem Antrieb wissenschaftlicher Arbeit, beruht auf Ab- weichung vom Bekannten. Zum anderen:

eine Machtverschiebung. Hatte früher die Lehrperson die Gestaltungsmacht, so legt heute das private CHE oder die lehrfremde zentrale Verwaltung (Evaluation) die Ziele fest. Es entsteht eine Stärkung aller zentralen Einrichtungen, also des externen CHE, aber besonders auch des Rektors. Die vermeintlich neutralen Zahlen dienen den Produzenten der Rankings zur Definition einer „guten Universität“. Dabei erhält sich vor allem ein Kreislauf aus Prestige, Drittmitteln und Rankingerfolg, der diejenigen befähigt, die bereits gut zu sein scheinen. Kapital ist dann das

wichtigste strategische Ziel einer Universität. Kritische Wissenschaften könnten dabei nur stören – inhaltlich wie finanziell.

Es ist erstaunlich, wie diese Art der Organisation von Forschung und Lehre jemals Einzug erhalten konnte. Wie Münch in seiner Analyse der letzten Hochschulreformen zeigt, hat hier der Glaube an den alles regelnden Markt zugeschlagen. Eine Entwicklung, die von schwarz-gelb (Unirat, unternehmerische Hochschule) und rot-grün (Exzellenzinitiative) mutwillig



CHE, Exzellenzinitiative

Das bekannteste deutschsprachige Uni-Ranking erscheint regelmäßig in der ZEIT: Das CHE-Ranking. Das neoliberalen Centrum für Hochschulentwicklung, gegründet und erheblich gefördert durch die Bertelsmann-Stiftung, erstellt Ranglisten zahlreicher Fachbereiche in Forschung und Lehre. Dabei gibt es klare Sieger, die jedoch durch eine unbekannte Methode errechnet werden. Die Erhebung geschieht durch die Universitäten selbst. Das internationale Pendant dazu ist das Shanghai Ranking der 500 sichtbarsten Universitäten der Welt: die weltweit wichtigste Rangliste von Hochschulen.

Der Erfolg in diesen Rankings birgt große Vorteile: Ein gutes Image, dadurch Drittmittel, Studierende und Forschungskräfte. Das wiederum befähigt die Aussichten auf erneut gutes Abschneiden in diesen Ranglisten. Gleches gilt für die Exzellenzinitiative des Bundes. Folglich streben die Hochschulen den Vorgaben der Rankings entgegen: unabhängig von der Sinnhaftigkeit und Aussagekraft der Messwerte! Und diese sind teils haarsträubend. So werden bspw. beim Shanghai-Ranking fünf von sechs Kategorien (entspricht 90% der erreichbaren Punkte) absolut gemessen und nicht in Relation zu ihrer Mitgliederzahl.

Dennoch stehen die Rankings öffentlich in gutem Lichte. So errichtet beispielsweise die Uni Stuttgart in Konkurrenz um private (Auftragsforschung) und staatliche (DFG, Exzellenz, Landeswettbewerbe) Mittel ein Qualitätssystem, das von der Berufung bis in die Drittmittelaquise reicht.

befördert wurde. Ein breites Umdenken in Politik, Studierendenschaft und etablierter Wissenschaft müsste stattfinden, um die Wissenschaften wieder frei zu bekommen. Denn von der Freiheit von Forschung und Lehre (Artikel 5 GG) kann unter diesen Umständen keine Rede mehr sein.

Buchempfehlung:

Richard Münch: Akademischer Kapitalismus – Über die politische Ökonomie der Hochschulreform (2011 bei Suhrkamp erschienen)

Darüber hinaus Texte von Torsten Bultmann.

Richard Münch

Akademischer Kapitalismus

Über die politische

Ökonomie der

Hochschulreform

edition suhrkamp

SV



Pflichten und Rechte der Hochschulpolitik

Wenn ein Ansteckbutton keine Banalität mehr ist.

Von Dominik Schlechtweg

(dominik.schlechtweg@gmx.de)

Mit Hinblick auf aktuelle Ereignisse, die geplante Neuaufsetzung der Satzung der FachschaftsvertreterInnenVersammlung (FaVeVe) und die von Grün-Rot geplante Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg, will ich die Diskussion aufnehmen, was die Aufgaben einer Studierendenvertretung sein sollten. Dieses Thema sollte öffentlich diskutiert werden, da es bei dieser Diskussion um Grundsatzfragen und die Repräsentation der gesamten Studierendenschaft geht. Behandelt wird die zentrale Frage, ob eine Studierendenvertretung an einer Hochschule allgemeinpolitische Aussagen abgeben sollte oder sich ausschließlich auf Hochschulpolitik beschränken sollte.

Man könnte sich gleich zu Anfang der Betrachtung auf mehrere Urteile verschiedener Gerichte berufen, die in der Vergangenheit zahlreichen Klagen Verfasser Studierendenschaften in fast allen Bundesländern stattgaben.

Durch einen Beschluss vom 6. September 1994 untersagte das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NW) der „Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität, vertreten durch den Allgemeinen Studentenausschuss“ (AStA), „politische Erklärungen, Forderungen und

Stellungnahmen abzugeben, die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind“.

1999 wurde eine Klage gegen den "ReferentInnenrat" (RefRat) der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Das Verwaltungsgericht Berlin verfügte: "Die Vertretung darf lediglich für hochschulpolitische Themen eintreten" (i) und gab damit der Klage recht (VG 2 A 136. 99). Ein Blick ins Ausland: In der Türkei ist die politische Aktivität für Studenten durch das dritte Hochschulgesetz Nr. 2547 vom 4. November 1981 verboten, um die Entpolitisierung der Hochschulen zu erreichen.

Doch Ziel dieser Betrachtung soll nicht sein, die rechtliche Lage zu erörtern, sondern kritisch die Argumente beider Seiten zu betrachten. Das zentrale Argument der Studierendenschaften war und ist, dass sich Hochschulpolitik nicht von allgemeiner Politik trennen lasse. Die Universität sei Teil der gesamten Gesellschaft und deren Einflüssen ausgesetzt. Darum gebe es keine Politik, die nicht auch mittelbar die Hochschule betreffe. Der AStA in Berlin berief sich dazu auf § 18 des Berliner Hochschulgesetzes. Dort ist die Rede von einem „politischen Mandat“ der Studentenschaft, welches die Wahrnehmung der "Belange der Studenten und Studentinnen in Hochschule und Gesellschaft" umfasst.

Heutige Verfechter wollen das politische Mandat für die Verfasste Studierendenschaft, und begründen dies wie Noah Fleischer von der Jungsozialen-Hochschulgruppe Karlsruhe damit, "dass unabhängige Meinungen auch unabhängige Strukturen brauchen" (ii).

Das zentrale Argument der Kläger ist grundsätzlich, da es um die Wahrung des deutschen Grundgesetzes geht. Die Kläger in Berlin sahen ihr Grundrecht auf freie Persönlichkeitsentfaltung (Artikel 2 Absatz 1 GG) und ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 5 Absatz 1 GG) verletzt. Die Studierendenvertretung repräsentiere die Studentenschaft einer Hochschule. Teil dieser Studentenschaft wird man durch die Immatrikulation. So mit sei die Studentenschaft eine Zwangskörperschaft. Die Studenten werden automatisch Mitglied. Deswegen dürfe man keine allgemeinpolitischen Aussagen treffen, da diese nicht Meinung von

Teilen der Studentenschaft sein könnte. Als zur Jahreswende die Diskussion zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft schon einmal hochkochte, meinte der damalige Baden-Württembergische Wissenschaftsminister Frankenberg (CDU): "Stellungnahmen gegen den Wissenschaftsminister sollten möglich sein, aber Stellungnahmen gegen den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland sollten nicht mit Zwangsbeiträgen finanziert werden können" (iii).

Man könnte hiergegen einwenden, dass schließlich auch in Bezug auf hochschulpolitische Themen nicht immer jeder Student mit der Politik der Vertretung einverstanden wäre. Das ist sicher richtig. Jedoch ist Hochschulpolitik per Definition auf einen kleinen Bereich beschränkt. Die Verbreitung verschiedener Ideologien in Bezug auf Hochschulthemen und die Interessendiversität sind relativ kleiner als in Themen der allgemeinen Politik. Zudem werden die Studi-



Karikatur zu Verfasster Studierendenschaft, farbig (240 kB)
Abfotographieren mit Handy oder Laptop, Link folgen (kostenlos)

envertreter nicht aufgrund ihrer Einstellung und Aussagen zu allgemeinpolitischen Themen gewählt. Die Studienvertretung in Baden-Württemberg hat noch kein Mandat für allgemeine Politik. Die repräsentative Funktion der Studienvertretung für die Studentenschaft wäre heute verzerrt bei Einmischung in und Aussagen zu allgemeinpolitischen Themen. Auch ein Stimmrecht der Hochschulgruppen über Gelder, die von Studierenden oder dem Bund bezahlt werden ist problematisch; nicht zuletzt, da diese politische Ideale verfolgen.

Seit dem Mittelalter sind Universitäten Einrichtungen, die durch das Recht auf Selbstverwaltung geprägt waren. Jedes Mitspracherecht ideologisch motivierter Gruppen schränkt die Unabhängigkeit der Wissenschaft ein. Die Wissenschaft will die Welt erklären. Die Ideologie will die Welt nicht nur erklären, sondern auch beeinflussen. Gegen die Forderung von Studierenden auf die Festschreibung eines Auftrags der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung der Studierendenvertretung wird nun auf der Gegenseite argumentiert, dass die politische Willensbildung in Demokratien vom Volk ausgehe: „Das bedeutet, daß es der Studentenschaft als Organ des Staates [...] grundsätzlich verwehrt ist, sich in bezug auf den Prozeß der allgemeinpolitischen Meinungs- und Willensbildung der Studenten zu betätigen, daß dieser Prozeß also grundsätzlich "staatsfrei" bleiben muß“ (OVG NW, 25 B 1507/94 – Beschuß vom 6. September 1994, Seite 6 f. der Ausfertigung).

Ein weiteres Argument der Gegenseite ist, dass die politische Willensbildung und Mitwirkung schon durch politische Hochschulgruppen mit freiwilliger Mitglied-

schaft gewährleistet sei. Diese haben das allgemeinpolitische Mandat und sind keine Zwangskörperschaft.

Die FaVeVe als Auslaufmodell

Die FaVeVe als Studierendenvertretung der Universität Stuttgart hat ihre Ziele bisher wie folgt definiert:

"Die FachschaftsVertreterInnenVersammlung, von nun an als FaVeVe bezeichnet, ist die Vertretung aller Studierenden an der Universität Stuttgart. Damit ist sie verpflichtet, das für alle Studierende bestmögliche insbesondere in hochschulpolitischen, kulturellen und sozialen Belangen der Studierenden zu erreichen. Sie hat keinen parteipolitischen Hintergrund" (iv).

Die FaVeVe an der Universität Stuttgart hat zudem heute eine privilegierte Rolle, da sie die Stellung einer Studierendenvertretung hat, aber nicht gewählt wird. Stattdessen werden die Studierenden der Universität Stuttgart von Studenten vertreten, die in die Fachschaftsvertretung eingetreten sind und dann von den Fachschaftsvertretern delegiert werden. In diesem Sinne müssen die Abgesandten schon eine gewisse Wahl durchlaufen; doch diese erfolgt nicht durch die Studierenden, sondern von den Fachschaftsvertretungsmitgliedern, die ihre Wahl meist aufgrund persönlichen Gefallens treffen. Es ist heute also keineswegs gewährleistet, dass die Einstellung der engagierten Studierenden, die in der FaVeVe Entscheidungen im Namen ihrer Fachschaft treffen, auch der Mehrheitsmeinung innerhalb ihrer Fachschaft entspricht. Der Vertreter hat praktisch freie Hand, da er sich offiziell vor Niemandem



rechtfertigen muss. So entsteht die Gefahr, dass die Vertreter bald mehr ihre eigene Auffassung vertreten als die der Studierenden.

An einer Universität, an der die Mehrzahl der Studierenden unpolitisch ist, ist die Gefahr groß, dass einzelne Personen durch eigene Auffassungen – aber legitimiert als Fachschaftsvertretung – die Politik der Universität beeinflussen. Schon aus diesem Grund sollte sich die FaVeVe heute auf Hochschulpolitik beschränken. Die Ausweitung des Engagements der FaVeVe auf außer-hochschulpolitischer Ebene würde die persönlich motivierte Einflussnahme verstärken.

Eine neue Mündigkeit

Im Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württembergs von 2011-2016 wird die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften mit

politischem Mandat beschlossen:

"Dafür werden wir eine demokratisch legitimierte, autonom handelnde und mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Verfasste Studierendenschaft einrichten, die auch über die Belange der Hochschule hinaus mit einem entsprechenden Mandat an der gesellschaftlichen Wilhensbildung teilnimmt" (v).

Die Verfassten Studierendenschaften wurden in Baden-Württemberg 1977 abgeschafft aufgrund der Nähe einiger Vertreter zu linksradikalen Gruppierungen. Diese Gefahr sei "mittlerweile entfallen" (vi). Das heißt also, dass mit der Einführung der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg alle Studierenden einer Universität in einer Zwangskörperschaft mit finanzieller Beitragshoheit verkammert werden, deren Vertreter im AStA ein allgemein-politisches Mandat und hohe finanzielle Aufwandsentschädigungen haben.

Man kann nur hoffen, dass durch die neue Mündigkeit der Studierenden, wie von Grün-Rot erhofft, das Interesse an Hochschulpolitik, die dann keine mehr ist, wächst. Denn eine allgemeinpolitische Repräsentation der Studierenden ist mit der jetzigen Wahlbeteiligung nicht gewährleistet! Viel grundsätzlicher noch ist die Frage, ob ein allgemeinpolitisches Mandat aus den oben beschriebenen Gründen überhaupt sinnvoll ist und ob der Gesetzesentwurf dazu nicht verfassungswidrig sein wird.

Für René Schneider, in den 1990er Jahren Direktor des privaten Instituts für Hochschulrecht in Münster und maßgeb-

licher Initiator der damaligen Klagewelle gegen das allgemeine politische Mandat der Studentenschaften in Nordrhein-Westfalen und den anderen Bundesländern, ist der Plan der baden-württembergischen Regierungskoalitionäre schlicht verfassungswidrig:

"Bis das Bundesverfassungsgericht über eine mögliche Verfassungsbeschwerde – oder über eine Normenkontrollklage, ggf. eine Richtervorlage gemäß Artikel 100 GG – zu entscheiden haben wird, könnte eine andere Frage die Fachgerichte beschäftigen, nämlich: „Wie weit dürfen die gesetzlichen Aufgaben der Studentenschaft gefasst werden?“ Mit einer Klage gegen die ganz offensichtlich zu weit ge-

fasste Formulierung des grün-roten Gesetzes ist zu rechnen."

Ein alternativer Gesetzesentwurf wurde Anfang des Jahres vom Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) und den liberalen Hochschulgruppen entwickelt. Dieser sieht kein allgemeinpolitisches Mandat vor, jedoch auch keine Finanzhöheit und Verfasstheit.

Mehr Mitbestimmung auf hochschulpolitischer Ebene durch die Einführung der Verfassten Studierendenschaft ist sicher eine Chance für uns Studenten in Stuttgart. Dennoch sollte diese Erweiterung nicht auf Kosten der politischen Mündigkeit des Studenten als Einzelnen sein.

Allgemeine Quellen:

www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.studentische-mitbestimmung-wer-gebuehren-bezahltsoll-mitreden.2f84e443-5584-4d20-b324-42c890b6e1c0.html
de.m.wikipedia.org/wiki/Studierendenschaft#Regionale_Besonderheiten
www.theresiaabauer.de/downloads/SPDGRUENE%20GesInitiative%20Studierendenschaft%20Dez%202010
www.Staatsklage.de/
www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/d-15610350.html
www.Schneider-Institute.de

Grüneberg, Christoph. 1997. "Die Durchsetzung von Individualrechten in Zwangsverbänden - dargestellt am Beispiel der Verfassten Studierendenschaft". Diplomarbeit.

Fußnoten:

- (i) vgl. Institut für Hochschulrecht. <<http://www.Schneider-Institute.de/7978-print.htm>>. Letzter Zugriff 15.09.2011.
- (ii) Stuttgarter Zeitung. <<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.studentische-mitbestimmung-wer-gebuehren-bezahltsoll-mitreden.2f84e443-5584-4d20-b324-42c890b6e1c0.html>>. Letzter Zugriff 15.09.2011.
- (iii) Stuttgarter Zeitung. <<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.studentische-mitbestimmung-wer-gebuehren-bezahltsoll-mitreden.2f84e443-5584-4d20-b324-42c890b6e1c0.html>>. Letzter Zugriff 15.09.2011.
- (iv) Satzung der Faveve der Universität Stuttgart. <<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/de/node/83>>. Letzter Zugriff am 15.09.2011.
- (v) Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD Baden-Württemberg für 2011-2016 (S. 12).
- (vi) LT BW, Drucksache 14, 14. Wahlperiode, Gesetzesentwurf.

Ich weiß, dass ich nichts weiß – Der BLEEP Kongress

Von Timo Dersch

Was weiß der Mensch eigentlich wirklich über sich und den Raum in dem er sich bewegt? Viele von uns leben in einer Welt der Wissenschaft, doch deren Theorien und Gesetzmäßigkeiten sind oft nur oberflächlich und können auf tiefergehende Sinnfragen kaum Antworten bieten. Kann es sein, dass wir nur in vorübergehenden Paradigmen des Wissens festsitzen? So wie damals, als die Allgemeinheit die Ansicht vertrat, die Erde sei eine Scheibe.

Hier setzt BLEEP an. Der 2004 veröffentlichte Film der Regisseure William Arntz, Betsy Chasse und Mark Vicente beschäftigt sich mit Phänomenen der Quantenphysik, der Neurobiologie, aber auch mit Spiritualität und Mystik. So entstand ein Wissensprojekt in bester Dokumentarfilmmanier welches mit den gängigen Denkmustern bricht und versucht neue Bahnen zu beschreiten. Es werden mögliche Wechselwirkungen zwischen menschlichem Bewusstsein und dem Raum-Zeitereignishorizont der Quantenphysik untersucht und der ein oder andere Zuschauer wird sicherlich zur eigenen Sinnfrage verleitet werden. Nachdem der Film zunächst auf mehreren Independent-Film-Festivals überzeugen konnte, wurde er von einem der großen Verleihe aufgenommen und spielte bis heute über 10 Millionen US-Dollar ein. Doch so sehr der Erfolg dem Film Recht gab, so sehr spaltete er die Wissenschaftswelt. Wissenschaftler warfen ihm pseudowissenschaftliche Theorien vor, andere wiederlegten schlichtweg die These des Films. Auch dass die drei Regisseure ehemalige Studenten der „School of Enlightenment“, gegründet von J.Z. Knight, einer Religionsführerin welche von sich selbst

behauptet das Medium eines 35000 Jahre alten Lebewesens zu sein, machte den Film nicht unbedingt glaubwürdiger.

Glaubwürdig oder nicht, der Film hat auch in Deutschland für jede Menge Diskussionsstoff bezüglich des vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagenwissens gesorgt. Dies führte unter anderem zur Einrichtung des BLEEP Kongresses, welcher in diesem Jahr bereits zum fünften Mal tagt. Auf diesem internationalem Kongress welcher am 22. Und 23.Oktober in Stuttgart in der Filderhalle tagt, kommen nationale und internationale Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten zusammen um über Zukunftstheorien und die Möglichkeit einer Selbstgestaltung, „der eigenen Realität“ eines jeden Menschen. Stargast ist auf dem diesjährigen Kongress zum einen Bestsellerautor Frank Schätzing, zum anderen auch Prof. Dr. Amit Goswani ein US-Quantenphysiker welcher bereits im Film zu Wort kam.

Interessant könnte der Kongress nicht nur für Studenten der Naturwissenschaften werden, sondern zum Beispiel auch für angehende Ökonomen. Mit Prof. Götz W. Werner steht auch ein Referent auf der Tagesordnung, welcher in unternehmerischen Kreisen für die meisten kein unbeschriebenes Blatt sein dürfte. Der Gründer der dm-Drogeriemarktkette referiert über das Thema „Freiheit des einzelnen durch bedingungsloses Grundeinkommen“, also über die Effekte, welche diese Form des Sozialstaates auf die Kreativität und freie Arbeitswahl der Menschen hätte.

Die Studierendenzeitung wird vom Kongress berichten. Studenten erhalten 50 % Nachlass auf die Kongresskarten.

Die metaphysische Dimension des Stuhlgangs

Von Sybille Nord

Der 1949 in Ljubljana (Slowenien) geborene Philosoph Slavoj Žižek gehört zu den wohl interessantesten Gestalten auf dem internationalen Parkett unserer zeitgenössischen Intellektuellenszene: Der politisch links positionierte Kulturkritiker, Querdenker und Provokateur ist treuer Anhänger des französischen Psychoanalytikers Jacques Lacan (1901–1989) und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die klassische deutsche Philosophie im Lichte Lacans wahrzunehmen. Die ihn immer schon umtreibende Frage lautet: „Wie kann man Hegels Philosophie aktualisieren?“ Lacans Psychoanalyse diene ihm dabei, sagt er, als Werkzeug, den Deutschen Idealismus zu begreifen.

Um komplexe Gedankengänge zu erläutern, greift Žižek gerne auf Beispiele aus der Kino- oder Populärfiktur zurück – er ist berüchtigt für seinen zuweilen beißenden Humor und seine Leidenschaft fürs Kino: Im Jahr 2006 erschien der Dokumentarfilm „The Pervert's Guide to Cinema“, in welchem Žižek ausgewählte Filme kommentiert und nach philosophischen wie psychologischen Gesichtspunkten analysiert, von Hitchcock-Klassikern wie „The Birds“ und „Psycho“ oder David Lynch-Filmen bis hin zu „Star Wars III“. Im Kinofilm nämlich, sagt Žižek, begegne man Ideologie in ihrer Reinform.

Der slowenische Philosoph ist außerdem davon überzeugt, dass sich Ideologie im Alltäglichen offenbare: Unsere täglichen

Handlungen zeigen, wie Ideologie konkret funktioniere. Daher scheut sich Slavoj Žižek auch nicht davor, „das Höchste mit dem Niedrigsten zu verbinden“: In diesem Sinne emblematisch ist etwa seine Reflexion über die Bauweise von Toiletten. Laut Žižek gibt es drei Grundformen von Toiletten: Die französische sei so gebaut, dass sich das Loch hinten befindet, sodass also die Exkremeante so schnell wie möglich verschwänden. Die englische Toilette sei dagegen ständig voller Wasser, wodurch die Exkremeante erst nach und nach – im Wasser schwimmend – versänken. Bei der deutschen Toilette wiederum befindet sich – zumindest beim alten Typus – das Loch vorne, sodass also die Ausscheidungen liegen bleiben, was das alte deutsche, sich im Verschwinden befindende Ritual ermögliche, den Stuhlgang betrachten und nach Krankheiten etc. untersuchen zu können. Eine empirische und auf Nützlichkeit ausgerichtete Erklärung dieser unterschiedlichen Bauweise sei, so Žižek, nicht ausreichend: Vielmehr ließe sie sich vor dem Hintergrund der nationalen Identität, der bereits von Hegel formulierten Vorstellung einer europäischen Trinität verstehen, wonach die drei Schlüsselnationen (Frankreich, England, Deutschland) jeweils für ein bestimmtes metaphysisches und gesellschaftliches Prinzip stehen. Eben diese metaphysische Dimension sei auch in der zunächst banal erscheinenden Machart der Toiletten enthalten. Die



französische Toilette verkörpere die politisch-revolutionäre Haltung der Franzosen: Die Exkreme mente werden radikal beseitigt. Die englisch-amerikanische Toilette dagegen bringe eine wirtschaftlich-pragmatische Haltung zum Ausdruck: Das Problem verschwindet nach und nach. Das alte, deutsche Toilettensmodell verweise schließlich auf die nachdenkliche, alles analysierende Haltung der Deutschen, auf das „Dichten und Denken“, auf Kontemplation und Poesie.

Heutzutage will Žižeks Toiletten-Studie nicht mehr so recht greifen. Die Nachfrage bei einem Fachmann hat bestätigt, dass in Deutschland sog. „Flachspül-Toiletten“ in Privathaushalten und in öffentlichen Gebäuden kaum mehr Verwendung finden; allein in Krankenhäusern sowie Alters- und

Pflegeheimen ist der „kontemplative“ Toiletten-Typus noch gefragt – dort sind Stuhlproben nämlich erwünscht.

Es ist kein Wunder, dass Žižek aufgrund seiner provokativen und bisweilen schelmischen Theorien aneckt. Von den einen belächelt und von den anderen gefeiert, darf der Kapitalismus-Kritiker und Film-Fan Slavoj Žižek nichtsdestotrotz zu den originellsten (und humorvollsten) Denkern der Gegenwart gezählt werden.

Ich bin nicht Papst.

Von Lukas Kurz

Es gab in der Geschichte der Bundesrepublik viele kontroverse Reden von Staatsoberhäuptern vor dem Bundestag. Ronald Reagan wurde mit Pfiffen empfangen während Willy Brandt der Rede fern blieb, bei George W. Bush enthüllte die PDS ein Anti-Kriegs Banner. Selbst Wladimir Putin, der in Tschetschenien Krieg führte durfte vor dem Parlament reden. Die Rede des Papstes vor dem Bundestag stellt aber ein Novum dar. Der Papst ist zwar Staatsoberhaupt des Vatikans, aber gleichzeitig Oberhaupt der katholischen Kirche. Zwei Ämter, die man nicht voneinander trennen kann.

Eine Rede des Papstes im Bundestag wäre noch zu tolerieren, hätte sich der Papst anschließend einer Generaldebatte im Bundestag stellen müssen, in der es um die vielen Verfehlungen seiner Kirche gehen würde – er hat es aber nicht. Deshalb und aus vielen weiteren Gründen, war und bin ich immer noch dagegen, dass der Papst im Bundestag spricht.

Es stellt sich die Frage, die über 100 Abgeordnete aus der SPD, den Grünen und der Linkspartei mit Nein beantwortet haben und der Rede fern geblieben sind, ob der Papst vor dem Bundestag sprechen darf. Darf es sich ein Staat, der sich Demokratie und Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben hat, erlauben den Vertreter einer Kirche vor seiner höchsten Institution sprechen zu lassen, die über Jahrhunderte Demokratie und Menschenrechte

bekämpft hat? Die über Jahrhunderte Wissenschaftler mundtot machte? Die tausende Hexen und Zauberer brutal folterte und ermordete? Die sich mit ihrer Sexualpolitik gegen jegliche Selbstbestimmung stellt? Die durch Verbote von Verhütung Millionen an AIDS ausliefert? Unter deren Augen ihre Priester über Jahre unzählige Kinder seelisch und körperlich missbrauchten und deren Funktionäre später alles taten, dass die Täter nicht verurteilt werden? Würde das Parlament über solche Verletzungen der Würde des Menschen auch hinwegsehen, wenn seine Abgeordneten die Religion der Täter nicht teilte? Wäre es der Würde des Parlaments gerecht, wenn Personen wie Muamar al Gaddafi, Kim Jong III oder Mahmud Achmadinejad vor dem Bundestag reden würden?

Ein Staat darf kein Religionsoberhaupt empfangen, keine Religion so unterstützen, wie Deutschland den Papst und die katholische Kirche. Solch ein Empfang widerspricht der staatlichen Neutralität gegenüber Religionsgemeinschaften und anderen Organisationen. Wenn der Staat heute das Oberhaupt der Katholiken empfängt, muss er morgen das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche und übermorgen den Dalai Lama mit denselben Ehren empfangen wie den Papst – wie das aber abläuft, haben wir 2008 gesehen, als die Kanzlerin aufgrund von großem Druck aus China den Dalai Lama nur am Rande seines Deutschlandbesuchs empfing. Ist das die Neutralität und die Gleichbehandlung



der Kirchen, die immer wieder von nicht-christlich geprägten Staaten gefordert wird, oder ist es am Ende nur blander Lobbyismus?

Die katholische Kirche besitzt in Deutschland, historisch bedingt, eine breiten Machtbasis, aufgebaut auf veralteten Privilegien. Im Namen der Kirche errichteten die Baumeister Monamente für die Ewigkeit, die Gelehrten schufen wertvolle Handschriften und die Wandermönche entdeckten ferne Teile der Welt. Das sind historische Fakten. Jedoch muss man jedes Faktum in seinem jeweiligen historischen Kontext sehen. In Deutschland gehören nur noch knapp 30% der Menschen der katholischen Kirche an. Die Zahl der Konfessionsfreien liegt sogar knapp darüber. Darf es sich

eine Gesellschaft erlauben, die nicht geschlossen hinter dieser Religion steht, diese durch Empfänge ihres obersten Vertreters zu bevorteilen und ihr auf Kosten aller Steuerzahler eine Werbeplattform bieten auf Kosten aller Steuerzahler?

Der letzte Satz, den der Papst in seiner Rede sagte, lautete: "Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts anderes wünschen als ein hörendes Herz - die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden.". In dieser Aussage stimmen ihm seine Kritiker zu, denn die katholische Kirche übt keine Gerechtigkeit, unterscheidet nicht zwischen Gut und Böse, sondern nur zwischen Freund und Feind und widersetzt sich der weltlichen und rechtstaatlichen Ordnung. Denn wie sonst ist es zu erklären, dass die Priester dieser Kirche Kinder missbrauchen und die Kirche an die Opfer lediglich knapp 6000 € an Entschädigung zahlt? Die Täter vor der Rechtsprechung versteckt? Herr Ratzinger, sie sind NICHT mein Papst!

Von Fähnchen, Deo-Sprays und Sexismus

Von Benedikt Reinhard

Vielleicht kennen Sie noch den Werbespot der Sparkasse, in der es um geeignete Abhilfemaßnahmen einer Bank gegen die momentane Kundenunzufriedenheit geht. Eine Frau schlägt bei der Vorstandsbewertung vor, man solle es doch so wie die Sparkasse machen. Ihr Vorschlag wird abgelehnt: „Wir machen das mit den Fähnchen.“ Ein Vorschlag eines Mannes. Übertragen wir diesen fiktiven Werbespot auf eine Beratung über eine Marketing-Kampagne, ist folgender Ablauf aber wohl leider traurige Realität: „Wie bewerben wir unseren neuen Club?“ – „Wir stellen seine Stärken – zentrale Lage, angenehme Gäste, bezahlbare Cocktails – heraus, um ihn von den anderen Clubs abzuheben.“ – „Hm...“ – „Oder: Wir geben die Opening-Night bekannt und daneben steht eine Frau im Bikini!“ Heftiges Beifalltrommeln auf den Tischen.

„Sex sells“ ist nun eben eine Marketingstrategie, die seit Jahren bewährt und erfolgreich ist. Bevorzugtes Motiv in circa 99 Prozent der Fälle: eine nackte/halbnackte/elegante/verführerische Frau als „Aufmacher“. Sie wollen eine Jeans verkaufen? Dann hat am besten eine Frau nur die Jeans an – oder sie zieht sie aus, noch besser. Sie wollen ein Deo-Spray für Männer verkaufen? Geht nicht ohne Frauen. Am besten halbnackt. Sie wollen Cola verkaufen? Am besten mit einer Frau. Am besten wenig an. Wie werden aber Deo-Sprays für Frauen verkauft? Kein einziger Mann kommt darin vor. Es werden die Vorteile des Deos angepriesen: „Es macht

keine weißen Flecken auf schwarzer Kleidung.“ Und: die Frau zieht sich an....

Der Rückgriff auf einen der stärksten menschlichen – und besonders männlichen – Triebe, schreibt leider klare, sexistische Rollen zu. Leitet man aus der Werbung das Rollenbild der Frau ab, so ergibt sich folgendes Bild: sexy (Jeans), verführerisch (Bein-Epilierer), elegant, gut aussehend (sämtliche Cremes), schlank (Diät-x). Produkte für die Frau sind: Haartönungen, Diät-Wurst, Anti-Aging Cremes, Cremes für straffe Haut, Lippenstift, Wimperntusche, Waschmittel. Im Prinzip also Produkte, die direkt oder indirekt mit dem Aussehen zu tun haben. Das Prinzip „Aussehen“ schlägt sich auch auf die Karriere nieder: Männerkarrieren sind



vorbei, wenn der Mann nicht mehr funktioniert, Frauenkarrieren sind meist vorbei, wenn die Frau nicht mehr gut aussieht – siehe Madonna.

Diese Trennung – der Mann ist das Kopf-Wesen, die Frau ist das Körper-Wesen – zieht sich schon seit Jahrhunderten durch die Welt. Die meisten literarischen

Klassiker wurden von Männern verfasst. Ebenso haben die Männer die meisten Erfindungen gemacht, die meisten wissenschaftlichen Abhandlungen geschrieben und die meisten klassischen Musikstücke komponiert. Frauen sind Außenseiter in diesen Bereichen, obwohl ihre Errungenschaften hierin rein qualitativ nicht wirklich zurückstehen müssen.

Die Gleichbehandlung der Frau ist rechtlich zwar schon durchgesetzt, die Realität hinkt dem aber hinterher, auch, weil wir immer noch in traditionellen Vorstellungen verhaftet sind. Diese hatten früher ihren Sinn und Zweck, doch mittlerweile sind sie obsolet in einer technisch modernen, ethisch aber noch rückständigen Welt. So werden unsere Kinder mit

falschen Rollen sozialisiert. Es gilt, dies zu ändern, bewusster zu leben und sich selbst auf Rollenmuster zu überprüfen. Denn diese gibt es nicht nur gegenüber Frauen, sondern auch gegenüber Männern. Man schaue sich nur männliche Produkte an: Das Bier und das Auto. Doch, wenn wir unser Bewusstsein für diese sexistischen Rollen schärfen, sind wir in der Lage, die damit verbundene Diskriminierung zu überwinden. Denn: Männer und Frauen sind gleich – sie sind Menschen. Und vielleicht werben ja bald nicht nur homosexuelle Etablissements mit nackten Männern und vielleicht, ja vielleicht wird in naher Zukunft auch der Vorschlag der Frau im Aufsichtsrat berücksichtigt.

ERSTSEMESTER-PARTY
CAMPUS STADTMITTE

MONO BAR

10. NOVEMBER 2011

EINTRITT 5€

BEGINN 21UHR

BIER 2€

HAPPY HOUR BIS 23UHR

ERMÄSSIGUNG MIT FLYER 3€

MONO BAR 70182 STUTTGART | WILHELMSPLATZ 10 (CHARLOTTEPLATZ)

Manifest des Post-Säkularismus

Von Pablo V. Hildebrandt

Ich bin davon überzeugt, dass ein Großteil der Menschen im Grunde nichts Böses will. Ich denke, dass wenn ein Mensch etwas tut, dann möchte er damit für sich und/oder für andere nur das Beste. Wenn er aber wüsste, dass er anderen schadet, dann würde er sich schlecht fühlen und unglücklich werden. Deswegen handeln Menschen immer nach dem kategorischen Imperativ - allein das Wissen seiner Folgen verhilft ihm hierbei auch wirklich keinem anderen Menschen etwas Schlechtes anzutun.

Ein Frikadellenverkäufer könnte, um seinen Profit zu steigern die Frikadellen mit Sägespänen strecken und wäre dabei vollkommen davon überzeugt, dass dies nicht gesundheitsgefährdend wäre - oder er würde diesen Gedanken unterbewusst verdrängen und sich wahrscheinlich tief im Innern schlecht fühlen. Ein Atomkraftwerkbetreiber könnte die Risiken unterschätzen oder ein Bankier ist sich der wirtschaftlichen und sozialen Folgen bei Immobilienspekulationen nicht bewusst. Sie würden sogar Gegner der Werte mit denen sie sich identifizieren nicht ernst nehmen und stattdessen vehement ihre Wertvorstellungen verteidigen. Es ist also sehr wichtig sein Handeln zu reflektieren und stets sein Wissen zu erweitern. Es ist natürlich unmöglich alles zu wissen, da unsere Aufmerksamkeitsspanne nur begrenzt ist und wir 1. nur begrenztes Wissen aufnehmen und 2. uns nur an ein begrenztes Wissen erinnern können. Auf Grund dessen, können wir nur soweit richtig handeln, wie unser der-

zeitiger Wissensstand - und die damit verbundene Wertvorstellung - ist. Wer aber stets nur nach den Wertvorstellungen seiner Vorfahren handelt - oder an einer andersartig gefestigten Wertvorstellung handelt - kann nicht das Bestmögliche tun. Er verwehrt sich nämlich vor neuen Informationen, die vielleicht eine bessere Entscheidung ermöglicht hätten. Ich bezeichne solche Menschen als monokulturell.

Seit der Aufklärung stehen Menschen, die nicht monokulturell erzogen wurden, vor vielen Fragmenten, die sie für ihre Identität benutzen können. Durch den Buchdruck - und dann durch das Internet schließlich - war es möglich auch viele Menschen mit diesen Gedanken zu erreichen. Da dadurch suggeriert wurde, dass man nichtmehr auf eine Obrigkeit hören muss, sondern die Verantwortung auf jeden einzelnen Menschen geschoben wurde, war mit dieser Utopie der Volkssouveränität eine Begeisterung im Bürgertum selbstverständlich. Hierbei lösten sich durch den Dekonstruktivismus die monokulturellen Rollen und Ideologien auf, so dass es auch zur vollkommenen Trennung der Rolle des Geistes und der Natur des Menschen - staatlich repräsentiert durch den Säkularismus - kam.

Bisher versuchen die meisten Menschen trotzdem an einer monokulturelle Identität festzuhalten, denn eine Identität ist für Menschen wichtig, um sich geborgen zu fühlen. Die Dekonstruktivisten hatten alle Bereiche des Lebens zwar auseinander genommen, aber konnten keine allgemein-gültige Identität schaffen.



Teilweise identifizieren sich nun manche Menschen mit neuen Rollen, die durch den Säkularismus angeboten werden, wie z.B. Esoteriker und Naturwissenschaftler. Allerdings gibt es auch wir Menschen die nicht bereit sind irgendeine monokulturelle Identität anzunehmen. Zunächst war hierfür die Erkenntnis wichtig, damit wir die Rolle von Geist und Natur verstehen können und uns unserem Handeln – wie anfangs erläutert – bewusst werden. Es sind also nun nicht nur alle Werte bis ins kleinste Detail auseinandergenommen worden und ihre Informationen möglichst vollkommen durchleuchtet worden, sondern diese Werte mit all ihren Informationen erreichen durch das Internet eine sehr große Hörerzahl.

Während wir unser Leben lang ständig neue Informationen in einem bisher ungewohnten Maß zu uns nehmen, verändert sich stets auch unsere Identität – zumindest wenn wir nicht zwanghaft an Werten festhalten. Da aber selbst diese Informationsmenge nur begrenzt sein kann – unsere Aufmerksamkeitsspanne ist nämlich begrenzt –, können wir nur in der jeweiligen Situation richtig zu diesem Zeitpunkt handeln, aber nie allgemein richtig handeln.

Dadurch identifizieren wir uns mal mehr mit Werten der geistigen Natur, mal mehr

mit Werten der naturellen Natur, aber wir sind stets wir selbst und somit unsere eigene (statt eine allgemeine) Identität. Je doch solange wir nach einem monokulturellen und ideologischen Gruppenzugehörigkeitsgefühl trachten, werden wir nie richtig handeln können.

Abschließend möchte ich zusammenfassen, dass der Säkularismus wichtig war, um uns unserem Geist und unserer Natur bewusst zu werden, aber nun eine neue Bewegung nötig ist, diese bewussten Werte nun in einem selbst wieder zu vereinen, so dass wir in jeder Situation uns für das möglichst Beste entscheiden können und dabei nicht von inneren Zwängen behindert werden.

Hierzu gehört auch, dass wir natürlich auch nicht von äußeren Zwängen oder Gesetzen behindert werden, die uns ihre monokulturelle Identität aufzwingen wollen.

Termine

Termine? Schick sie an zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Am ersten Dienstag eines jeden Monats, und also auch im November, findet die Lesebühne "7PS - Eurythmie und Marschmusik" statt. Eigentlich immer um 20.30 im Landespav, diesmal aber evtl woanders- der Ort ist unter 7PS bei facebook erfahrbbar und wird auf Plakaten, die in der Uni rumhängen, bekannt gegeben.



Mo, 17. Oktober UNO Allgemeine Erstsemesterparty (weitere Infos S. 11)

Do, 10. November Erstsemester-Party Campus Stadtmitte (weitere Infos S. 23)

Notizen

Impressum:

Ausgabe 11, Oktober 2011

ViSdP: Nils Langer

Layout: Silke Steinbrenner

Email: zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Homepage: www.andrerseits.de

Herausgeber:

AK Zeitung der Faveve+

c/o Zentrales Fachschaftsbüro

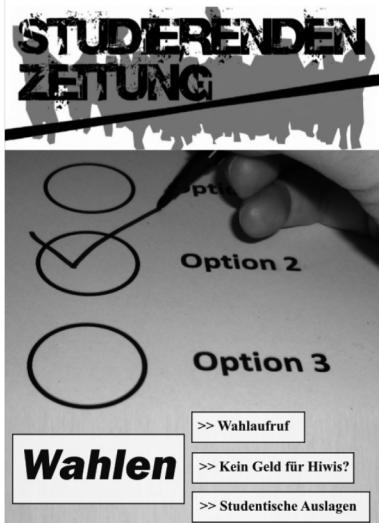
Keplerstraße 17

70184 Stuttgart

Hinweis: Die in den Beiträgen veröffentlichten Aussagen und Meinungen sind die der jeweiligen VerfasserInnen. Sie sind - sofern nicht anders angezeigt - keine Meinungsäußerung der Faveve+.

Erstellt mit Open Source Software

Lizenz: Creative Commons, CC-BY-NC-SA



Artikel schreiben
Fotographieren
Layout gestalten
Werbung organisieren
Verteilung planen
Homepage erstellen
Kulturpartner gewinnen
eigene Ideen umsetzen

Mach mit bei der Studi-Zeitung an der Uni Stuttgart!
Meld dich per Mail oder komm zu unserem nächsten
Redaktionstreffen zum Kennenlernen! Alle Fach-
richtungen sind willkommen.

zeitung@faveve.uni-stuttgart.de
www.andrerseits.de